»Die Polizei ist eine strukturell konservative Institution«

Die Soziologin Andrea Kretschmann forscht zur Rolle der Polizei in der Gesellschaft. Ein Gespräch über Protest Policing, anlasslose Kontrollen und die Vorstellung einer Gesellschaft ohne Polizei.

ANDREA KRETSCHMANN IM GESPRÄCH MIT LISA KREUTZER

Lisa Kreutzer | Beginnen wir mit der grundlegenden Frage, warum beziehungsweise ob wir die Polizei überhaupt brauchen. Die Forderung »Defund the Police«, die im Zuge der Black-Lives-Matter-Bewegung aufkam, ist ja mittlerweile auch in Europa zu hören. Gibt es da Vorläufer?

Andrea Kretschmann | Die Diskussion um einen Polizeiabolitionismus, also die Abschaffung der Polizei, ist in der Form neu. Wobei »Defund the Police« nicht gleichbedeutend mit der »Abschaffung« der Polizei ist, denn die Forderung schließt vor allem Positionen ein, denen es zunächst um eine Umschichtung öffentlicher Mittel von der Polizei hin zu anderen staatlichen Institutionen geht, insbesondere solchen, die sozialstaatliche Maßnahmen umsetzen. Ganz ohne Vorläufer ist aber auch der Polizeiabolitionismus nicht. Mit dem Begriff des Abolitionismus werden allgemein Forderungen umschrieben, die die Aufhebung rechtlich institutionalisierter Zwangsverhältnisse und Sanktionsformen anstreben. Den Beginn machten die Gegner der Sklaverei. Sowohl in den USA als auch in Europa entstand zuletzt in den 1970er Jahren eine strafrechtsabolitionistische Strömung, die dafür eintrat, Strafrecht und Strafvollzug graduell oder gänzlich abzuschaffen. In Europa ist diese Bewegung fast in Vergessenheit geraten, nicht nur, aber auch durch ihren eigenen Erfolg: Einige ihrer Impulse sind tatsächlich in Reformen eingeflossen, wie verschiedene Entkriminalisierungen, Alternativen zur Haftstrafe oder der Täter-Opfer-Ausgleich. In den USA dagegen ist der Strafrechtsabolitionismus auch heute noch präsent, allerdings im Kontext einer Gesellschaft, in der »mass incarceration« ein großes und nicht mit europäischen Verhältnissen vergleichbares Problem darstellt. Damit ist die massenhafte Inhaftierung entlang von Linien sozialer Marginalisierung gemeint, die vor allem die schwarze Bevölkerung betrifft. Mir scheint es wichtig, diese älteren Traditionen mit den jüngeren Forderungen nach »Defund the Police« zu verbinden, weil die Opposition der Polizei so in historischer Perspektive früherer Forderungen im Feld der Kriminalpolitik erkennbar wird: Die Polizei wird dann sichtbar als eine Institution, die in ihrer heutigen Form tief in die Entwicklung von Strafrecht, Kriminalpolitik und Strafvollzug und die Kämpfe darum eingebettet ist.

LK | Und der radikale Horizont der völligen Abschaffung der Polizei?

AK | Als Horizont bleibt das eine berechtigte Frage. Aus soziologischer Sicht ist jedoch zu bedenken, dass gesellschaftliche Normen nur dann überhaupt vorstellbar sind, wenn es Überschreitungen dieser Normen gibt. Durchweg konforme Gesellschaften kann es daher nicht geben. Insofern ist »Polizei« erst einmal nur eine bestimmte soziohistorische Ausprägung des Umgangs mit Normübertretungen. Ob wir daher ganz ohne eine Institution auskommen können, die zur Not gewaltsam einschreiten kann, ist fraglich. Moderne Gesellschaften ohne Polizei kennen wir bisher nicht. Heute aber wird im Vergleich zwischen verschiedenen Ländern deutlich, dass ein geringeres Maß an sozialer Ungleichheit auch eine zurückgenommene Rolle der Polizei erlaubt. Hier liegt also ein erster Schlüssel.

Auf die Gegenwart bezogen muss jede Forderung nach einem Rückzug der Polizei aus bestimmten gesellschaftlichen Bereichen immer auch mit Ideen darüber einhergehen, welche anderen staatlichen Institutionen ihren Platz einnehmen könnten. Schon allein deshalb, weil sonst private Akteure an die Stelle der Polizei treten, dann ist man ganz schnell bei Phänomenen wie Bürgerwehren oder privaten Sicherheitsdiensten.

LK | Weil Sie von der historischen Einbettung gesprochen haben: Auch wenn wir an dieser Stelle keinen Überblick über die Entwicklung der Polizei im deutschen Sprachraum leisten können, gibt es allgemeine Trends, die man sich vergegenwärtigen sollte?

AK | Das, wofür sich die Polizei interessiert, ist immer im Wandel – parallel zum Strafrecht, das ja den Bereich polizeilicher Arbeit absteckt und wiederum gesellschaftlichen Veränderungen und Herrschaftsinteressen aufsitzt. Es ist der Staat, der definiert, was als kriminell zu ahnden ist. Hier lassen sich stetig Prozesse der Kriminalisierung als auch der Entkriminalisierung beobachten. Ein bekanntes Beispiel ist die Homosexualität, die vor wenigen Jahrzehnten noch strafbar war und dann entkriminalisiert wurde. Auf solche Veränderungen reagiert die Polizei, ihre Aufgabe ist es ja, die Rechtsnormen durchzusetzen. Für die polizeiliche Arbeit ist sicherlich in den letzten Dekaden der Ausbau der Prävention die einschneidendste Entwicklung. Damit ist der Versuch der Verhinderung von Straftaten gemeint, neben der Ermittlung bereits begangener Straftaten.

Abseits der Veränderungen gibt es auch Konstanten. Dazu gehört der Fokus auf das, was man auf die Formel »Polizieren der Armen« bringen kann. Das ist der Umstand, dass die Polizei vor allem mit marginalisierten Bevölkerungsgruppen zu tun hat. Auch wenn die »üblichen Verdächtigen« über die Zeit hinweg auf jeweils unterschiedliche Weise polizeilich überwacht oder kontrolliert wurden, bleiben sie doch stetig im Fokus. Die moderne Polizei bildet sich historisch als das Gesamte der neuzeitlichen staatlichen Verwaltung heraus. Wenn wir der berühmten Darstellung von Michel Foucault folgen, sieht sich diese moderne Polizei für die »Wohlfahrt« zuständig. Damit ist vor allem die Sicherstellung der Arbeitsfähigkeit der Bevölkerung gemeint, wodurch der Fokus auf die unteren Milieus entsteht.

LK | Die vielzitierte »biopolitische Regulierung«. Welche Rolle kommt da der Polizei zu?

»DER POLIZEILICHE FOKUS LIEGT SEIT JEHER AUF JENEN, DIE NICHT DEN NORMEN ENTSPRECHEN, DIE AUS SICHT DER HERRSCHENDEN ›ANDERS‹ SIND. DIESE WERDEN KONTROLLIERT, REGULIERT, DISZIPLINIERT.«

AK | Der polizeiliche Fokus liegt seit jeher auf jenen, die nicht den Normen entsprechen, die aus Sicht der Herrschenden »anders« sind. Diese werden kontrolliert, reguliert, diszipliniert. Zunächst ist die Polizei also eine Institution mit einem umfassenden Aufgabengebiet, es geht darum, die Bevölkerung in ihrer gesamten Entwicklung zu unterstützen. Dabei gilt es, alle Arten von »Abnormalitäten« zu regulieren. Im 18. Jahrhundert tritt jedoch eine Art Verschlankung ein: Das Aufgabengebiet der Polizei wird reduziert, sie konzentriert sich fast ausschließlich auf die Regulierung von Kriminalität. Es geht seitdem um das Ahnden von Straftaten einerseits und die Abwehr von Gefahren andererseits. Ab den 1970er Jahren kommt die »Prävention« auch abseits der Gefahrenabwehr schrittweise als ein wesentliches Standbein polizeilicher Arbeit neben der Repression hinzu. Eine Tendenz, die sich in den letzten Jahrzehnten weiter verstärkt hat und die nicht zufällig parallel zum Aufstieg des Neoliberalismus auftritt. Man kann sich die historische Entwicklung also wie eine Sanduhr mit zwei ungleich großen Bäuchen vorstellen: Die Polizei hat zunächst ein ganz breites Tätigkeitsfeld, dann verschlanken sich ihre Aufgaben stark, um sich durch die präventive Arbeit wieder auszuweiten, freilich unter Beibehaltung des durch das Strafrecht begrenzten Rahmens, auch wenn dieser selbst präventive Formen annimmt.

LK | Welche Verschiebungen sind mit dem Aufstieg des Präventionsparadigmas verbunden?

AK | In der wissenschaftlichen Debatte wird als zentraler Effekt oft der Begriff der Versicherheitlichung genannt: Weil die Polizei der Kriminalität vorzugreifen beginnt, muss sie früher ansetzen und wird damit ein Stück weit im Bereich des Legalen aktiv. Beginnend in den 1970er Jahren, vollends sich ausprägend in den 1990ern, werden in diesem Zuge immer mehr Bereiche des Sozialen zu Sicherheitsproblemen umgedeutet, das heißt als Probleme der inneren Sicherheit bearbeitet. Dies geschieht zeitgleich zum Umbau des Wohlfahrtsstaates. Der polizeiliche verdrängt den sozialen Sicherheitsbegriff tendenziell. Ein Beispiel, das auch in Österreich wiederholt ein Thema war, ist das Betteln. Beginnend in den 1990er Jahren, verstärkt aber seit der Jahrtausendwende, lässt sich eine Kriminalisierung beobachten. Da werden bestimmte Räume in der Stadt für Bettelnde mit Verboten belegt und Platzverweise ausgesprochen.

LK | Die Häufigkeit und Intensität von präventiven Kontrollen mit der Begründung »Drogen-Hotspot« ist in Wien offenkundig. Da werden Leute systematisch kontrolliert, ohne dass etwas wäre.

AK | Solche anlasslosen Kontrollen sind Ausdruck einer gedanklichen Umdeutung von Kriminalität als »Risiko«. Dementsprechend werden Risikoabschätzungen getroffen, wo etwas passieren könnte, ohne dass konkrete Anhaltspunkte oder Delikte vorliegen müssen. So wird es möglich, ganze Räume polizeiintern als risikobehaftet zu kennzeichnen, in Deutschland mit dem Begriff »Gefahrengebiete« – ein anschauliches Beispiel dafür, wie stark polizeiliche Praxis heute räumlich orientiert ist. Aus Studien wissen wir, dass solche Kontrollen vor allem jene treffen, die ohnehin zu den »üblichen Verdächtigen« der Polizei gehören – also Arme, Wohnungslose, Bettelnde, Menschen, die aus Sicht der Polizei »fremd« aussehen. Gleichzeitig halten sie sich öfter im öffentlichen Raum und an kontrollintensiven Orten auf: aus Gründen der Wohnungslosigkeit, aus altersbiografischen oder finanziellen Gründen.

LK | Themenwechsel: Auf Corona-Demos sind ja ganz andere Milieus zu finden. Einerseits esoterische Verschwörungstheoretiker und offen Rechtsextreme, andererseits Menschen aus der »Mitte der Gesellschaft«. Auffällig ist, dass sich die Polizei in vielen Städten, zumindest anfangs, sehr lasch gegenüber diesen Protesten verhalten

hat. Steht da die Polizei plötzlich teilweise ihresgleichen gegenüber?

AK | Neben der Ahndung von Delikten gehören die Niederschlagung von Unruhen und das sogenannte Protest Policing immer schon zu den Aufgaben der Polizei. Wenn wir auf die Protestgeschichte schauen, wird schnell deutlich, dass typische Demonstrierende für die Polizei aus dem bürgerlich-liberalen bis linken Spektrum kommen. Da gibt es routinierte Interaktionen, bestimmte Erwartungen aufseiten der Polizei, scheinbar teilweise auch stereotype Feindbilder – und genauso aufseiten vieler Protestierender. Bei den Corona-Protesten ist nun eine neue Konstellation aufgetaucht, die die Polizei in dieser Zusammensetzung nicht kannte und die für sie zunächst schwer einzuordnen ist. Die bisherige Zurückhaltung der Polizei hat meines Erachtens aber nicht nur etwas mit politischen Affinitäten zu tun, die es der Tendenz nach zweifellos gibt, sondern auch mit dieser neuen Konstellation. Feindschaften brauchen immer erst eine Geschichte, auf die sie aufbauen können.

Auffällig ist, dass es im Vergleich zwischen den beiden Protestspektren große Differenzen in der Einschätzung der Verhältnismäßigkeit für Eingriffe seitens der Polizei und bei der Toleranz gegenüber Ordnungswidrigkeiten gibt, zum Beispiel in Bezug auf die Einhaltung von Corona-Regeln. Verwundern ließ auch die abschließende Lageeinschätzung bei einigen Corona-Demos: Von den Pressesprechern der Polizei hat man gerade zu Beginn regelmäßig gehört, dass die Corona-Demos weitestgehend ruhig verlaufen seien, was sich mit den medialen Bildern nur schwer in Übereinstimmung bringen ließ. Eine durchaus überraschende Gelassenheit war hier zu sehen.

LK | In Österreich stellten sich Anfang Jänner angeblich 600 Polizisten in einem offenen Brief gegen die Impfpflicht und deren exekutive Umsetzung. Solch eine ausdrückliche politische Positionierung von Polizistinnen und Polizisten ist ziemlich ungewöhnlich.

AK | Gewiss, und es steht der grundlegenden Maxime, dass die Polizei ein unpolitisches Instrument der Exekutive sein soll, entgegen. Wenn sich Polizistinnen und Polizisten bis dato geäußert haben, dann zu Themen, die sie beruflich betrafen, zum Beispiel vermittelt über die Polizeigewerkschaften. Ganz selten gehen sie in Deutschland überhaupt auf die Straße oder äußern sich abseits dessen. Das war zum Beispiel in den 1970er Jahren der Fall, um auf die geringen Gehälter aufmerksam zu machen. Diese waren in der BRD lange so niedrig, dass praktisch alle Polizisten Nebenjobs hatten. In anderen Ländern ist das Protestieren teils weiter verbreitet, zum Beispiel in Frankreich, was angesichts der intensiveren Streik- und Protestkultur aber auch nicht verwundert. Dort brachten Polizistinnen und Polizisten ihren Unmut vor einigen Jahren sogar zusätzlich durch ein

Andrea Kretschmann ist Professorin für Kultursoziologie an der Leuphana Universität Lüneburg und assoziierte Forscherin am Centre Marc Bloch. Sie ist Herausgeberin des *Kriminologischen Journals* und der *Zeitschrift für Rechtssoziologie* sowie im Beirat des *Juridikum*.

Die Fotografien auf diesen Seiten hat Florian Reischauer Anfang Februar in Berlin aufgenommen.

martialisches, rechtswidriges Auftreten zum Ausdruck: Sie trugen Waffen und Uniform. Aber selbst in diesen Fällen bezogen sich die Proteste auf die eigenen Arbeitsbedingungen. Dass sich eine Gruppe von Polizisten gegen die Impfpflicht ausspricht und die daraus folgenden Polizeieinsätze als Missbrauch der Polizei rahmt, das ist absolut ungewöhnlich.

LK | Besteht die Möglichkeit, dass die Polizei zu einer Art oppositionellen Kraft von rechts wird – in Österreich zum Beispiel im Zusammenspiel mit der FPÖ?

AK | Nun, die Polizei steht einerseits jeweils in Wechselwirkung mit gesellschaftlichen Veränderungen. Sie arbeitet andererseits zugleich gebunden an die Idee des Rechtsstaates und die Verfassung, ihre Rechtsbindung ist hierzulande hoch. Sie ist daher eine relativ persistente Organisation, die strukturell konservativ ist. Ihre Aufgabe ist es nun einmal, eine bestehende Ordnung aufrechtzuerhalten. Das heißt auch, dass die Polizei kein Spiegelbild der Gesellschaft ist, sondern in der Tendenz eher Kräfte versammelt, die als konservativ zu bezeichnen sind. Es interessieren sich bestimmte Gruppen eher für den Polizeiberuf, und es gibt hier eine starke Reproduktion innerhalb des Milieus, das heißt, der Beruf der Eltern wird häufig auch von den Kindern ergriffen. Über die politische Verortung von Polizistinnen und Polizisten fehlen über diese Erkenntnisse hinaus leider Studien, und es besteht derzeit nur die Möglichkeit, sich an der Gewerkschaftsvertretung zu orientieren. Dennoch: Konservative und rechte Tendenzen in der Gesellschaft, so wie wir sie heute vorfinden, bestärken die Polizei in ihrer strukturell konservativen Position.

LK | Das Auftreten ist ja in den letzten Jahren immer martialischer geworden. Hinzu kommt das Tragen unterschiedlicher Waffen. Wie lässt sich die Entwicklung der Polizeimontur aus der Sicht kritischer Polizeiforschung deuten?

AK | Zunächst ist zu betonen, dass die Ausrüstung in gewissen Hinsichten auch eine erhebliche Demilitarisierung durchlaufen hat. Das betrifft vor allem die Waffen, bei der Ausrüstung verhält es sich hingegen umgekehrt.
So verfügte die Polizei des Kaiserreichs über blanke Säbel für den Nahkampf. Diese waren gefürchtet, selbst wenn sie nicht mit geschärfter Klinge geführt wurden, weil sie bei Streiks oder anderen Protesten Hände abschlagen konnten. Und erst in den 1960er Jahren wurden in Deutschland die Handgranaten abgeschafft. Heute haben wir es demgegenüber mit dem Polizeiknüppel zu tun, eine Erfindung der Weimarer Republik als Ersatz für den Säbel. In der NS-Zeit wurde der Knüppel übrigens zwischenzeitlich wieder abgeschafft, er war symbolisch zu sehr mit der Demokratisierung verknüpft. Die Waffen der Polizei sind daher nicht nur

»AUFGABE DER POLIZEI IST ES NUN EINMAL, EINE BESTEHENDE ORDNUNG AUFRECHTZUERHALTEN. DAS HEISST AUCH, DASS DIE POLIZEI KEIN SPIEGELBILD DER GESELLSCHAFT IST, SONDERN IN DER TENDENZ EHER KRÄFTE VERSAMMELT, DIE ALS KONSERVATIV ZU BEZEICHNEN SIND.«

Ausdruck von technischen Weiterentwicklungen, sondern teils zeugen sie auch von politischen Auseinandersetzungen. In jüngerer Zeit sind wiederum neue Waffen hinzugekommen: Pfefferspray, das aus der Weiterentwicklung der im Militärbereich geächteten Kampfgase resultiert. Oder der Taser, der sich sukzessive durchsetzt. Wir sehen hier eine Zunahme nicht lethaler Waffen, aber auch ihre Diversifizierung. Über diese Waffen ist bekannt, dass die Hemmschwelle für ihre Verwendung geringer ist. Die Uniform hat sich über die Jahrzehnte in Bezug auf den Körperschutz kontinuierlich verbessert. Polizisten sind heute definitiv besser geschützt als früher. Während die Waffen die Polizei teils ziviler erscheinen lassen, gilt für die Körperschutzausstattung der umgekehrte Effekt. Insgesamt verstärkt sich die Asymmetrie, die zwischen Bürgerinnen und Polizisten herrscht. Das Auftreten der Polizei bekommt eine besatzungspolizeiliche Konnotation, mit der Folge, dass die Ansprechbarkeit der Polizei reduziert wird.

LK | Wie sieht es mit der Entwicklung der Kontrollinstanzen aus?

AK | Die Möglichkeiten zur Kontrolle der Polizei hat in den letzten 20 Jahren keine analoge Entwicklung erlebt. Es gibt schon lange eine Diskussion über unabhängige Kontrollstellen, da davon ausgegangen wird, dass die Polizei als grundrechtsinvasive Institution einer besonderen Überprüfung bedarf. Immerhin sieht der aktuelle Koalitionsvertrag in Österreich die Einrichtung solch einer Institution vor. Aus meiner Sicht sind solche Kontrollinstitutionen schon deshalb sehr sinnvoll, weil sie zu vermeiden helfen, dass, wie bisher, die Polizei bei Vorwürfen gegen sich selbst ermittelt.

Hiermit verbunden ist die Diskussion um die Kennzeichnungspflicht. Hier ist zunächst einmal die Feststellung wichtig, dass die Bodycam kein Ersatz für eine Kennzeichnung ist – es ist ein Unterschied, ob mich bei der Interaktion mit der Polizei ein Polizist filmt oder ob ich als Bürgerin den Polizisten anhand einer nur ihm allein zugewiesenen Kennzeichnung indirekt identifizieren kann. So bin ich weder darauf angewiesen, dass mir die Dienstnummer herausgegeben werden muss, noch darauf, dass der Polizist die für mich wichtige Sequenz auch tatsächlich mitfilmt. Das heute so häufige Problem der Anzeige, die nur gegen Unbekannt gestellt werden kann, wenn sich jemand unrechtmäßig behandelt fühlt, fiele so weg.

LK | Sie waren bei polizeilichen Übungen, vor allem Demonstrationsübungen dabei. Können Sie erzählen, wie so etwas abläuft und was man daraus schließen kann?

AK | Solche Simulationen sind Teil des präventiven Vorgehens der Polizei: Es geht darum, auf kommende Einsätze möglichst gut vorbereitet zu sein. In einigen Ländern wie Frankreich oder Großbritannien werden dafür eigene Übungsgelände geschaffen, oft mit Liebe zum Detail imaginierte Orte oder städtische Szenerien. In Deutschland gibt es lediglich ein als geheim eingestuftes Übungsgelände in Berlin, über dessen Verwendung öffentlich nichts bekannt ist. Sogenannte Public-Order-Lagen stehen allgemein im Mittelpunkt dieser Übungen, ein Teil davon sind Demonstrationen und Aufstände. Die Polizei versucht zu antizipieren, mit welchen Problemen und Herausforderungen sie konfrontiert sein könnte und sich auf diese einzustellen. Es sind Akte der Imagination, die zugleich viel über die Vorstellungen der Polizei über Protest, Gesellschaft und Gefährdungen aussagen. Dabei fällt auf, dass diese Übungen in den meisten Ländern stets auf ein eskaliertes, häufig sogar bürgerkriegsähnliches Worst-Case-Szenario ausgerichtet sind – was auf die realen Policings zurückwirken könnte. Deeskalierendes Vorgehen dagegen steht bei den Simulationen meist nicht im Vordergrund.

Das Gespräch mit Andrea Kretschmann führte TAGEBUCH-Redakteurin Lisa Kreutzer.